

# **Entschließung der Großen Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in Stuttgart, 8.-10. Juni 2008**

## **Nachhaltig, nicht populistisch: Unsere Politik für soziale Gerechtigkeit**

### **I. Wir nehmen die Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit auf**

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU bekennen sich zu einer Politik, die die Mitte unserer Gesellschaft stärkt. Wir stehen für eine Politik, die nachhaltig für soziale Gerechtigkeit sorgt. Einen populistischen Wettlauf um nicht finanzierbare Wohltaten machen wir nicht mit. Eine solche Politik ist unseriös, zerstört Wohlstand und die Soziale Marktwirtschaft und geht zu Lasten späterer Generationen. Im Bewusstsein des bisher von der Union Erreichten und mit unseren Konzepten für morgen nehmen wir die Auseinandersetzung mit der politischen Linken über eine Zukunft in sozialer Gerechtigkeit auf.

### **II. CDU und CSU: Parteien der Mitte und der Sozialen Marktwirtschaft**

CDU und CSU sind die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft. Als einzige Volkspartei der Mitte treten wir in dieser Gesellschaftsordnung für eine vernünftige Balance von sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Freiheit ein.

Als vor 60 Jahren, im Juni 1948, in Deutschland die D-Mark und die Soziale Marktwirtschaft eingeführt wurden, hatte die Union harte Widerstände überwinden müssen. Dass Ludwig Erhards Vision vom „Wohlstand für alle“ so schnell Wirklichkeit wurde, konnten sich viele Menschen nicht vorstellen. Aber der richtige Rahmen, den die Politik der Union setzte, und die harte Arbeit von Arbeitnehmern und Unternehmern bescherten unserem Land einen nie gekannten Aufschwung. Erst mehr als ein Jahrzehnt später konnten sich die Sozialdemokraten dazu durchringen anzuerkennen, dass die Soziale Marktwirtschaft der bessere Weg zu Wohlstand war als Verstaatlichung und Sozialismus. Den Menschen in der DDR blieb die Soziale Marktwirtschaft allerdings noch bis 1989/90 verschlossen.

CDU und CSU haben mit ihren neuen Grundsatzprogrammen deutlich gemacht: Wir stehen auch in Zeiten der Globalisierung für Freiheit und soziale Sicherheit gleichermaßen. Wir stehen für eine Chancengesellschaft, in der jeder seine Talente bestmöglich entfalten kann. Im Gegensatz zu anderen verdrängen wir aber nie, dass soziale Gerechtigkeit in einer gemeinsamen Kraftanstrengung erarbeitet werden muss. Wir setzen auf die Fähigkeit der Menschen, für sich selbst und die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Nur wer dazu nicht in der Lage ist, hat ein Anrecht auf Unterstützung der Gemeinschaft, vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe.

Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft setzen wir insbesondere auch auf das Verantwortungsbewusstsein der Eliten in unserem Land. Unternehmer, hoch bezahlte Manager und Gewerkschafter müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch jenseits des Werkstores gerecht werden. Angesichts einer Reihe von Skandalen in großen deutschen Unternehmen warnen wir: Leichtfertige Spekulationen, Maßlosigkeit und mangelndes Rechts- und Verantwortungsbewusstsein von Führungskräften drohen das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft massiv zu erschüttern.

### **III. Wir haben viel erreicht**

Die Unionsparteien nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um ihre Zukunft und die ihrer Kinder sehr ernst. Wir wissen, dass steigende Preise, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln, viele Menschen belasten. Wir werden dafür arbeiten, dass der Aufschwung bei noch mehr Menschen ankommt. Aber wir wehren uns gegen ein Zerrbild unseres Landes. Deutschland hat eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt und einen leistungsfähigen Sozialstaat. Seit die Union die Bundesregierung führt, ist viel geschehen, um ihn weiter zukunftsfest zu machen. Der vom Bundesarbeitsminister vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht behandelt die Jahre bis 2005 und ist somit in erster Linie eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierung. Seither hat sich in Deutschland vieles zum Positiven entwickelt.

Sozial ist, was Arbeit schafft – dass dieser Satz richtig bleibt, zeigt die Politik der Union, in den Bundesländern ebenso wie in der von ihr geführten Bundesregierung. Mit rd. 40 Millionen ist die Zahl der Erwerbstätigen so hoch wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitslosigkeit wurde gegenüber ihrem Höchststand unter Rot-Grün um zwei Millionen gesenkt. Aus Leistungsempfängern wurden Gehaltsempfänger und Beitragszahler. Zusammen mit Reformen der sozialen Sicherungssysteme, wie etwa der Rente mit 67, tragen sie heute zur Stabilität der sozialen Sicherung in der Zukunft bei. Erstmals seit Jahrzehnten werden wir 2011 wieder einen ausgeglichenen Bundeshaushalt haben. Wir haben Schluss gemacht mit einer Politik des Geschenke-Verteilens, die in Wahrheit nur die Zukunft unserer Kinder verbraucht. Unsere Politik war mit Einschnitten verbunden. Aber sie hat auch Entlastungen gebracht. So haben wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung fast halbiert. Das hat Arbeitnehmer und Arbeitgeber entlastet und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen. Auch die Unternehmensteuerreform, der massive Abbau von Bürokratie und bisher nie erreichte Investitionen in Bildung und Forschung haben Deutschland wieder zu einem der attraktivsten Standorte der Welt gemacht. Auf diese Erfolge können wir in Deutschland gemeinsam stolz sein. Sie dürfen jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden.

### **IV. Auch die SPD muss ihrer Verantwortung gerecht werden**

Wir fordern deshalb die Sozialdemokraten auf, sich zu den Erfolgen der gemeinsamen Bundesregierung seit 2005 zu bekennen. Zugleich warnen wir die SPD davor, sich inhaltlich weiter der Linkspartei anzunähern und sich deren Politik der leeren Versprechungen und der ruinösen ökonomischen und fiskalischen Vorstellungen anzuschließen. Den Wettlauf im Geldausgeben kann die SPD nicht gewinnen, da es der Linkspartei nicht um seriöse Politik geht. Sie will das System der Sozialen Marktwirtschaft durch den Sozialismus ersetzen und deshalb die Soziale Marktwirtschaft ruinieren. Die Sozialdemokraten dürfen sich nicht zur Marionette von Lafontaine und seiner Linkspartei machen.

Die Sozialdemokraten setzen aber auch auf Bundesebene offen auf eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei. Anders lautende Beteuerungen haben nach dem Wortbruch ihres Vorsitzenden Beck und der Nominierung einer eigenen Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten keine Glaubwürdigkeit. Denn der Kandidatin der SPD kann es nur mit den Stimmen der Linkspartei gelingen, den beliebten Bundespräsidenten Horst Köhler aus dem Amt zu verdrängen.

In dieser Situation erwarten die Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU klare Signale der Sozialdemokraten, dass sie den gemeinsamen Wählerauftrag an CDU und CSU und SPD im Bund bis 2009 ernst nehmen. Die SPD muss beweisen, dass sie in der Lage und willens ist, mit der Union weiter unser Land voran zu bringen. Sie darf nicht jetzt schon die Regierungsarbeit einstellen und mit dem Bundestagswahlkampf beginnen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die Politik keine Zeit vergeudet.

## **V. Kurs halten: Politik für Wachstum und mehr Beschäftigung ist Politik für soziale Gerechtigkeit**

Es gilt vielmehr, Kurs zu halten. Die Politik muss weiterhin ihren Beitrag leisten für mehr Wachstum und Beschäftigung. Das ist die wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.

Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Wir stehen für eine Bildungspolitik in den Ländern, die den unterschiedlichen Begabungen unserer Kinder bestmöglich gerecht wird.

Eine Abkehr vom Kurs der Haushaltskonsolidierung darf es nicht geben. Finanz- und Steuerpolitik sind zwei Seiten einer Medaille. Denn beide Grundsätze sind richtig: Generationengerechtigkeit beginnt mit einer soliden Haushaltspolitik und die Entlastung der Bürger hat Vorrang vor immer neuen staatlichen Aktionsfeldern. Deshalb ist es richtig, das Haushaltsziel, bis 2011 einen ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten, mit dem Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland mehr Netto vom Brutto zu lassen, zu verbinden. Wir werden zum 1. Januar 2009 das Kindergeld erhöhen und den Kinderfreibetrag anheben. CDU und CSU wollen, dass dieses Ziel bereits bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt wird. Steuererhöhungen, wie von der SPD vorgesehen, wird es mit der Union nicht geben.

Wenn es die SPD aber mit der angekündigten Senkung von Lohnzusatzkosten ernst meint, so muss sie sich schon jetzt bewegen. Sie darf nicht die Bürgerinnen und Bürger auf eine ferne Zukunft verträsten. Wir wollen vorhandene Spielräume bei der Bundesagentur für Arbeit nutzen und die Sozialabgaben schon 2009 weiter senken. Nach jetzigem Stand kann der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 3,0% gesenkt werden. So kommt der Aufschwung noch stärker bei den Arbeitnehmern an, so können die Voraussetzungen für noch mehr neue Stellen verbessert werden.

Wir wollen eine Reform der Erbschaftsteuer, die den Mittelstand stärkt und Arbeitsplätze sichert, statt sie zu gefährden. Auch hierfür muss die SPD den Weg frei machen. Und sie muss sich von ihren Plänen für einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn verabschieden. Ein solcher Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze, insbesondere jene, die nur geringe Qualifikationen erfordern und leicht verlagert werden können. Das ist das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit.